

Handyfunk kann Kopfweh machen

Studie in Kärnten brachte wichtige Ergebnisse, Maßnahmen gefordert

VON RUDOLF CIJAN

77 Prozent der Europäer haben ein Handy. In Österreich sind es sogar 80 Prozent. In Kärnten stehen 1500 Handy-Masten, im ganzen Bundesgebiet sind es mindestens 10.000. Über die Auswirkung von Mobilfunk-Basisstationen auf Gesundheit und Wohlbefinden im ländlichen Raum gibt jetzt eine vom Land Kärnten in Auftrag gegebene Studie Auskunft.

„Es ist die weltweit erste Untersuchung, bei der die Menschen nicht vorher informiert gewesen sind“, sagt Univ.-Prof. Michael Kundi vom Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien. „Denn Menschen mit Angst neigen eher zu Klagen über Belastungen und haben auch mehr Beschwerden.“ Die Studie aber zeige auf, dass es „unabhängig von der Angst Belastungen gibt.“

180 UNTERSUCHT Untersucht wurden 180 Frauen und Männer in Faak, Greifenburg, Preitenegg, Weißbriach und Winklern. In den fünf Gemeinden stehen insgesamt 21 Anlagen. An jedem Standort erfolgte eine frequenzselektive und eine Breitbandmessung. Gemessen wurde nicht nur im Freien, sondern auch im Schlaf- und Wohnzimmer. Weiters wurden Schallimmissionen gemessen.

Die Studie hat ergeben, dass durch den Mobilfunk die Immission an hochfrequenten elektromagnetischen Feldern deutlich höher geworden ist. Aber selbst in unmittelbarer Umgebung wurde der Wert von einem Milliwatt pro Quadratmeter (an ihm orientiert sich die parlamentarische Mobilfunk-Petition-Anm.) nur in einzelnen Fällen überschritten.

Weiters hat sich herausgestellt, dass in der Bevölkerung nur zehn Prozent die große Befürchtung haben, von einer Basisstation gingen Gesundheitsgefahren aus. Die Studie zeigt aber auch auf, dass Symptome wie Kopfschmerzen, Zittern, Verdauungsprobleme, rasche Erschöpfung und in einem geringen Maß auch Schlafbeeinträchtigung in einem Zusammenhang mit der Exposition zeigen.

Kärnten will aus der Studie erste Maßnahmen ableiten. „Mir geht es um eine Minimierungsstrategie der Belastungen“, sagt Gesundheitsreferent Peter Ambrozy. Doch dem Land seien weitgehend die Hände gebunden, weil es nach dem Telekommunikationsgesetz keine Handhabe gebe. „Wir können nur appellieren, dass Betreiber und Gemeinden mit der Bevölkerung einen Konsens erzielen.“ Vom Bund fordert er, für Grenzwerte und Anrainerrecht zu sorgen.



Die Auswirkungen von Handymasten am Land wurden untersucht